

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte berücksichtigen Sie im Rahmen Ihrer Berichterstattung über die bundesweiten Ostermärsche die Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisationen Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist der Auffassung, dass die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf endlich die Sorgen und Forderungen der Bevölkerung beachten muss: In Gronau darf kein Uran mehr für dein Einsatz in Atomkraftwerken in Belgien oder anderswo vorbereitet werden. Die Landesregierung kann die Uranexporte unterbinden und muss die Betriebsgenehmigung für die Gronauer Urananreicherungsanlage aufheben.

Der BBU ruft zur Teilnahme an den weiteren Ostermärschen im Ruhrgebiet, am Atomwaffenstandort Büchel und anderswo auf. Informationen über die konkreten Orte und Forderungen der Ostermärsche unter www.friedenskooperative.de.

Foto: Ostermarsch-Auftaktkundgebung vor der Urananreicherungsanlage in Gronau (Karfreitag, 25. März 2016).

Mit freundlichen Grüßen
Udo Buchholz, Gronau
BBU-Vorstandsmitglied
02562-23125



Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen **Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau**

Aktuelle Pressemitteilung, Münster / Gronau, den 25.03.2016 13.30 Uhr

200 Menschen bei Ostermarsch vor Urananreicherungsanlage Gronau „Leave uranium in the ground“

Demonstranten fordern kompletten Atomausstieg und friedliche Konfliktlösungen

Rund 200 Menschen starteten am Karfreitag trotz ungemütlichem Regenwetter an der Gronauer Urananreicherungsanlage die diesjährigen Ostermärsche. Mit Friedens- und Anti-Atomkraft-Fahnen versammelten sie sich vor dem Haupttor und zogen dann zur Marienkapelle an der Rückseite der Anlage, wo der noch ungenutzte Neubau eines 60.000 Tonnen Uranmülllagers zu sehen ist.

Die Forderungen der OstermarschiererInnen sind friedliche Konfliktlösungen, der Stopp von Waffenexporten und ein konsequenter Atomausstieg auch und gerade in Gronau. Stefan Kubel vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen betonte: „Es kann nicht sein, dass in Deutschland vom Atomausstieg gesprochen wird, aber die Gronauer Uranfabrik unbefristet fast jedes zehnte AKW weltweit beliefert. Und angesichts der ungelösten Atommüllfrage darf nicht auch noch ein unbefristetes 60.000 Tonnen Zwischenlager in Betrieb gehen.“ Auch stellte er klar, dass es unverantwortlich ist, die Betreiber-Firma Urenco zu verkaufen oder gar an die Börse zu bringen, da die Urananreicherungstechnologie die Grundlage für den Bau von Atombomben ist.

Da der Redner des Ostermarsches Rhein-Ruhr erkrankt war, wurde ein Grußwort verlesen, darin hieß es: „Noch immer gibt es weltweit mehr als 16.000 Atomwaffen, die unser aller Existenz bedrohen. Davon sind rund 20 US-Atomsprengeköpfe in Deutschland auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert, die von Bundeswehr-Tornados ins Ziel geflogen werden sollen.“ Die atomare Abrüstung muss jetzt beginnen statt die Atombomben in Büchel umzurüsten.

Besonders verärgert sind die Anti-Atomkraft- und FriedensaktivistInnen darüber, dass auch die heftig umstrittenen belgischen Pannenreaktoren in Tihange und Doel von der Urananreicherungsanlage Gronau und auch der Brennelementefabrik Lingen beliefert werden. Über die Brennelementefabrik in Lingen werden zudem die maroden französischen Reaktoren in Fessenheim und Cattenom beliefert. Kerstin Rudek von der BI Lüchow-Dannenberg machte deutlich: „Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima, das schmutzige Uran aus Gronau und Lingen, das weltweit Pannenreaktoren beliefert, die Evakuierung von belgischen Atomkraftwerken wegen Terrorgefahr – was brauchen die Landesregierungen von Nordrhein Westfalen und Niedersachsen denn noch, um die Atomanlagen, die vom Atomausstieg ausgeklammert sind, dichtzumachen? Die Landesregierungen sind als Atomaufsicht nicht nur politisch verantwortlich, sondern juristisch haftbar, für Schäden durch Reaktorkatastrophen, wenn das Uran aus den ihnen unterstellten Anlagen in Gronau und Lingen stammte. Sofort handeln, sofort Gronau und Lingen schließen!“

Golden Misabiko, Preisträger des Nuclear-Free-Future-Awards, berichtete über die zerstörerischen Folgen des Uranabbaus und Menschenrechtsverletzungen im Kongo. Er machte deutlich, dass die Probleme mit der Atomkraft bereits beim Uranabbau anfangen und nicht erst beim Gronauer Uranmüll oder in den AKW: „Uranium, this radioactive mineral, is extremely dangerous; at all levels: exploration, exploitation, enrichment and in the nuclear plants.“ („Uran, das radioaktive Erz ist sehr gefährlich, auf allen Ebenen: beim Abbau, bei der Anreicherung und in AKW“). Präzise fasste er zusammen: „Leave the uranium in the ground“ („Lasst das Uran in der Erde!“). Golden Misabiko musste selber vor Folter fliehen und so wurde deutlich, dass Flucht vor Terror, Krieg und Menschenrechtsverletzungen nicht auch noch durch unmenschliche Grenzzäune gestoppt werden darf.

Hintergrundinformationen:

Golden Misabiko kommt aus einer Menschenrechtsorganisation (ASADHO Katanga - Association Africaine pour les Droits de l'Homme - Afrikanische Vereinigung für Menschenrechte, Sektion Katanga, eine Provinz von DR Congo). Er und seine NGO hatten schon vorher Menschenrechts-Verletzungen (willkürliche Exekutionen z.B.) des Regime Kabila angeprangert.

Das Anprangern eines geheim gehaltenen Deals zwischen Frankreich (unter Präsident Sarkozy), dem französischen Atomkonzern AREVA, (vertreten durch die damalige Chefin Anne Lauvergeon) und Vertretern des Regime Kabila, der Frankreich das exklusive Abbaurecht für die gesamte DR Congo - ohne jede Information oder Beteiligung von Bevölkerung oder Parlament etc.pp. - gewährt, hätte er fast mit dem Leben bezahlt: Anklage, Gefängnis, Folter... nur durch internationale Menschenrechts-NGOs konnte seine Freilassung erwirkt werden, seitdem lebt Golden Misabiko als Flüchtling in Südafrika.

<http://www.nuclear-free-future.com/home/news/223-interview-mit-golden-misabiko/>

Die Bedeutung der **Urananreicherungstechnologie**, insbesondere der in Gronau eingesetzten Zentrifugen-Technologie, für den **Bau von Atomwaffen** wird durch ein Ereignis in den 70er Jahren deutlich: Bei Arbeiten für die Urenco Urananreicherungsanlage Almelo (Schwesteranlage zu Gronau) entwendete der pakistanische Mitarbeiter Dr. Abdul Kadir Khan Baupläne für die Zentrifugen und verhalf somit seinem Vaterland Pakistan zum Bau der Atombombe. Diese Pläne gab er auch an den Iran und Nordkorea weiter, weshalb Khan in Pakistan unter Hausarrest stand.

<http://nuclearweaponarchive.org/Pakistan/AQKhan.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Abdul_Kadir_Khan

In einem Interview des WDR-Magazins Westpol vom 13.03.2016 erklärte der Chef der Urananreicherungsanlage Gronau Joachim Ohnemus, dass auch die **belgische Betreiberfirma der AKW** in Tihange und Doel zu den Kunden des Unternehmens gehöre und mit angereichertem Uran beliefert wird.

<http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/westpol-kein-atomausstieg-nrw-100.html>

Weitere Informationen zum Gronauer Ostermarsch (Aufruf, UnterstützerInnen) und über Urantransporte:

www.sofa-ms.de

www.urantransport.de